

19.10.2026 - [Gesetzgebung Pressemitteilungen](#)

Unabhängigen Kommission des Bundes veröffentlicht Bericht 2026

Die Unabhängige Kommission des Bundes zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs fordert, sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche innerhalb von Familien stärker aufzuarbeiten. In ihrem [politischen Bericht 2026 \(BT-Drucks. 21/8500\)](#) betont die Kommission, dass **Familien den mit Abstand größten Tatkontext** sexualisierter Gewalt bildeten. Die Aufarbeitung sei hier besonders schwierig, da Abhängigkeitsverhältnisse, Loyalitätskonflikte und familiäre Bindungen berücksichtigt werden müssten. Sexualisierte Gewalt dürfe jedoch nicht als „Privatsache“ einzelner Familien betrachtet werden.

Die Kommission regt deshalb unter anderem an, bessere **Vernetzungs- und Unterstützungsangebote** für Betroffene zu schaffen sowie gezielte Informationskampagnen für Angehörige ins Leben zu rufen. Bund und Länder müssten hierfür ausreichende Mittel bereitstellen und dezentrale Beratungsangebote ausbauen.

Änderungen im Unterhaltsrecht gefordert

Darüber hinaus spricht sich die Kommission für gesetzliche Änderungen aus, damit Betroffene nicht zur finanziellen Unterstützung von Familienangehörigen verpflichtet werden können, die sie sexuell missbraucht haben. Dazu sollten insbesondere einschlägige **unterhaltsrechtliche Vorschriften** angepasst werden.